

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Bezugspreis: 30 Goldpfennige für den Monat ohne die Post; Erscheinungstage: Mittwoch und Sonnabend
gebühr für Zustellung. Es ist nur Postbezug zulässig. Das einzelne Exemplar kostet 5 Goldpfennige, Porto extra

62. Jahrgang

Leipzig, den 6. September 1924

Nummer 75

Die Verhandlungen des Hamburger Verbandstages

Tagesordnung:

- I. Bericht des Vorstandes und Genehmigung der Jahresberichte.
- II. Stellungnahme zu den Anträgen auf Abänderung der Satzungen und der Bestimmungen über die Unterstützungen.
- III. Stellungnahme zu den Anträgen betreffend die Sparten.
- IV. Die Lehrlingsabteilung unseres Verbandes und der „Jungbuchdrucker“.
- V. Der „Korrespondent“, Stellungnahme zu den diesbezüglichen Anträgen.
- VI. Die Lage auf dem Tarif- und Lohngebiet und Stellungnahme hierzu.
- VII. Unsere internationalen Beziehungen und der Internationale Buchdruckerkongress 1924.
- VIII. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Graphische Bund und deren Tätigkeit.
- IX. Die technische Entwicklung in unserm Berufe.
- X. Der Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker.
- XI. Bericht über den Bau eines Verbandshauses und Beschlußfassung dazu.
- XII. Beschlußfassung über weitere Anträge und Beschwerden.
- XIII. Festsetzung der Mitgliederbeiträge.
- XIV. Festsetzung der Gehälter und der Anstellungsbedingungen für die Angestellten, der Entschädigungen für die Vorstandsmitglieder sowie der Tagegelber für die Delegierten.
- XV. Wahl der geschäftsführenden Vorstandsmitglieder, der Sekretäre und der Redakteure.
- XVI. Bestimmung des Tagungsortes für den nächsten Verbandstag.

Erster Verhandlungstag (1. September)

Vormittagsitzung

Die Verhandlungen finden in dem schönen Musiksaal des Gewerkschaftshauses statt. Ein Teil von Spartenvertretern wohnt noch den ersten Beratungen bei. Eine Anzahl Hamburger und auswärtiger Kollegen ist als Zuhörer anwesend.

Der erste Verbandsvorsitzende Seib erklärt zur Eröffnung des Verbandstages im Namen des Verbandsvorstandes die Verhandlungen des zwölften Verbandstages für eröffnet. Delegierte, Gäste und der Vertreter des Senates der Freien Stadt Hamburg werden begrüßt. Seib wünscht, daß die Verhandlungen einen guten Verlauf nehmen und daß Beschlüsse zustande kommen, die im Interesse der Organisation gelegen sind. Im Jahre 1888 hat in Hamburg schon ein Verbandstag stattgefunden. Damals zählte unsere Organisation 11643 Mitglieder, das waren 41,4 Proz. Organisierte. Der Verband hat also eine sehr gute Entwicklung genommen und ist jetzt im Gewerbe die Hauptorganisation. In Hamburg hat es sich 1888 darum gehandelt, den Verband über das Sozialistengesetz hinwegzubringen. Die Sitzverlegung des Verbandes nach Berlin war das Ergebnis von Hamburg. Biel hat der Verband in den 36 Jahren seitdem durchgemacht, aber er ist geblieben, was er war, der Schutz und Trutz der deutschen Buchdrucker. Für die nächste Zeit sollen hier nun Richtlinien festgelegt werden. Er hofft, daß sich die auf den Hamburger Verbandstag gesetzten Erwartungen erfüllen.

Senator Hoffmann (zugleich im Namen des Arbeitsamtes sprechend) erledigt sich des für ihn ehrenvollen Auftrags, den Verbandstag der Buchdrucker zu begrüßen und wünscht den Verhandlungen guten Erfolg. Hamburg ist historischer Boden für die Arbeiterbewegung. Die Hamburger Arbeiterschaft hat immer in erster Reihe gestanden. Hier ist die Generalkommission der freien Gewerkschaften zuerst anständig gewesen. Karl Legien hat von hier aus den gewerkschaftlichen Zusammenschluß betrieben. Die Buchdrucker sind immer vorangegangen unter den

Arbeitern. Schwere Kämpfe sind um die Tarifverträge geführt worden. Die Buchdrucker haben sich aber mit der Tarifgemeinschaft durchgesetzt, und das, was von der übrigen Arbeiterschaft so bekämpft wurde, ist Allgemeingut der Arbeiterschaft geworden. Ebenso ist es gegangen mit der Arbeitslosenunterstützung und sonstigen Unterstützungsrichtungen. Auch hier ist man dem Beispiel der Buchdrucker gefolgt. Die Buchdrucker haben unter den wirtschaftlichen Schäden der Kriegszeit wohl am meisten gelitten. Die Abwanderung aus dem Berufe war sehr groß. Nun kündigt sich durch die Londoner Konferenz und die nachfolgenden Beschlüsse des deutschen Reichstages Besserung an. Es wird mehr Stabilität in das Wirtschaftsleben kommen. Die Buchdrucker können nun auch auf besseren Erfolg in ihrer Gewerkschaftsarbeit rechnen. Hier in Hamburg soll dazu ein Anlauf genommen werden. Glück auf also zu gutem Gelingen!

Runkler, Hamburgs Gauvorsteher, begrüßt unter Hinweis auf seine Ausführungen am Empfangsabend noch kurz einmal die Teilnehmer am Verbandstage.

Berdan, Sekretär des Internationalen Buchdruckersekretariats, spricht im Namen der bisher erschienenen ausländischen Delegierten herzlichen Dank für die Einladung aus und wünscht den Verhandlungen besten Erfolg. Zu ernststen Laten ist der Verbandstag berufen. Es soll ein neuer Kurs bestimmt werden. Das Verbandschiff war schweren Stürmen durch die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse ausgesetzt. Den Steuermännern, die das Verbandschiff über die vielen Klippen hinweggeführt haben, muß Vertrauen entgegengebracht werden. Die internationalen Beziehungen sollen in Hamburg intensiver gefördert werden. In den letzten Monaten von 1923 hat es sich bei den schlimmen Inflationsdruck gezeigt, daß der deutsche Verband trotz seiner Stärke Hilfe notwendig hatte. Die Buchdruckerinternationale hat sie gern gewährt. Der gute Stand des Verbandes vor 1914 muß wieder erreicht werden. In diesem Streben und in diesem Sinne sollten hier die Diskussionen geführt werden. Er wünscht und hofft daher guten Verlauf des Verbandstages zu Ruh und Frommen des deutschen Verbandes und der Buchdruckerinternationale.

Sauerisen, der Vorsitzende des Buchbinderverbandes, spricht für die graphischen Organisationen zugleich. Dem Verbandstage sind Arbeiten übertragen worden, die nicht leicht genannt werden können. Auf der Tagesordnung befinden sich Punkte, die die andern graphischen Organisationen mit berühren; es sind auch solche dabei, die Konfliktstoff in sich bergen. Hoffentlich wird der Verbandstag gut darüber hinwegkommen, daß alles befriedigt ist. Für den jetzigen Verbandstag ist auch insofern ein historisches Moment gegeben, als sich wirtschaftspolitisch Besserung anzeige. Unter den Buchbindern waren Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit sehr stark ausgebreitet, und gegenwärtig ist es auch sehr schlecht bei ihnen bestellt. Hoffentlich kommt aber die Zeit schnell, daß für die Arbeiterschaft das Brot wieder reichlicher und besser wird.

Seib dankt für diese Begrüßungen und zollt dem Vertreter des Senates besondere Anerkennung für seine warmen, mit starkem Beifall aufgenommenen Worte.

Söhne (Verbandssekretär) verliest hierauf die Präsenzliste, wonach anwesend sind vom:

G a u B a y e r n: Franz Baier (Mürnberg), Gustav Weischnidt (Mürnberg), Georg Engel (Mürnberg), Heinrich Friederichs (München), Gustav Großmann (Bayreuth), Hans Hemmerich (München), Wilhelm Waier (Kempten), Michael Schindler (Regensburg), Josef Söldner (München), Reinhard Stier (Münster).

G a u B e r l i n: Rudolf Albrecht, Erich Barlsch, Robert Braun, Max Ebel, Albert Fränkel, Walter Geil, Adolf Grüninn, Adolf Guib, Ludwig Keller, Wilhelm Klein, Willi Leder, Paul Muffat, Karl Rapp, Friedrich Oberüber, Adalbert Pielisch, Erik Poschmann, Georg Pösch, Adolf Rieche, Hermann Schieffler, Albert Endermann, Karl Störmer, Erik Tilgner, Richard Wunderlich, Alfred Zadt.

G a u D a n i g: Artur Hübner.

- Gau Dresden:** Wilhelm Baumeister (Dresden), Albin Freitag (Dresden), Otto Kohlischmidt (Freiberg), Hermann Schenk (Lauten), Otto Schröder (Dresden).
- Gau Erzgebirge-Bozland:** Otto Pähnel (Chemnitz), Hermann Kraßler (Zwickau), Erich Brüstel (Chemnitz), Paul Wangelin (Chemnitz).
- Gau Frankfurt-Hessen:** Otto Grünwald (Frankfurt a. M.), Karl Heinze (Kassel), Jakob Kessler (Frankfurt a. M.), Wilhelm Nepeck (Frankfurt a. M.), Wilhelm Pföhner (Offenbach a. M.), Hubert Weber (Marburg).
- Gau Hamburg-Mittona:** W. Martens, Ludwig Melzer, Wilhelm Reindorf, Erik Runkler, F. Thorban.
- Gau Hannover:** P. Freutel (Hildesheim), S. Herlikius (Osna-brück), W. Kramer (Göttingen), K. Lücke (Hannover), G. Pfingsten (Hannover), W. Reuter (Braunschweig).
- Gau Leipzig:** Otto Baufeld, Artur Diebe, Artur Franke, Richard Gläß, Leopold Hesselbarth, Walter Hofmann, Alwin Zahn, Paul Kramer, Paul Kriega, Karl Römer, Karl Schmidt, Max Stürz.
- Gau Mecklenburg-Lübck:** L. Dahnde (Schwerin).
- Gau Mittelrhein:** Gottfried Bahler (Darmstadt), Friedrich Con-radi (Mannheim), Rudolf May (Kaiserslautern), Julius Uhrig (Mannheim), Karl Wehrich (Mains).
- Gau Nordwest:** Christian Fette (Bremen), Friedrich Körber (Rüstringen), Franz Jähers (Bremen).
- Gau Oberrhein:** Wilhelm Maier (Karlsruhe), Karl Sandfort (Freiburg i. Br.), Edmund Timm (Konstanz).
- Gau Oder:** Erik Biesel (Eberswalde), Emil Gurl (Kottbus), Alfred Matkshke (Potsdam), Gustav Reinte (Stettin), Richard Schönfeld (Frankfurt a. d. O.).
- Gau Ostpreußen:** Richard Hannemann (Königsberg i. Pr.), Her-mann Reiser (Königsberg i. Pr.).
- Gau Rheinland-Westfalen:** Emil Albrecht (Köln), Otto Bellingsrath (Barmen), Joseph Benner (Bösum), Joseph Bertram (Köln), Erik Böshning (Essen), Rudolf Büchner (Bonn), Franz Eßter-mann (Dortmund), Oskar Frömbsdorff (Remscheid), Walter Graaf (Düsseldorf), Peter Greven (Machen), Wilhelm Herckströter (Wiele-sfeld), Louis Lorens (Gagen), Georg Löschner (Köln), Georg Schindel-decker (Düsseldorf), Julius Weber (Elberfeld).
- Gau An der Saale:** Otto Bahn (Halberstadt), Paul Hamann (Dessau), Johann Jugelt (Stendal), Erik Reil (Nordhausen), Hugo König (Halle), Gustav Nageli (Mehrsleben).
- Gau Saargebiet:** Anselm Störl (Saarbrücken).
- Gau Schlesien:** Karl Fiedler (Breslau), Erik Köchel (Walden-burg), Richard Kofit (Görlitz), Martin Schiple (Girchberg), Erik Sporn (Breslau).
- Gau Schleswig-Holstein:** Martin Prüter (Kiel), Paul Loren-zen (Kiel).
- Gau Thüringen:** Ernst Klopfer (Jena), Walter Ranke (Gera), Louis Stange (Erfurt), Otto Teichmann (Raumburg), Karl Wislaug (Weimar).
- Gau Württemberg:** Matthias Clemens (Pforzheim), Karl Kähele (Heilbronn), Gottlob Klein (Stuttgart), Otto Lieber (Eg-lingen), Paul Müller (Reutlingen), Theodor Schröter (Stuttgart), Robert Wurster (Göppingen).

Verbandsvorstand: F. Seik, erster Vorsitzender; D. Krauk, zweiter Vorsitzender; Br. Schweinitz, Hauptkassierer; H. Glaser, Haupt-verwalter; H. Fille, S. Höhne, Sekretäre; R. Barth, D. Brünner, S. Maschmann, H. Grams, Bruno Adermann, Bruno Kretschmer, Wilhelm Niesebeck, K. W. Schmidt, Beisitzer.

„Korr.“-Redaktion: W. Krahl, K. Schaeffer, K. Helmholz.
 Für den Bildungsverband der Deutschen Buch-drucker: B. Dreßler (Leipzig).

Vom Kollegen Döhling (München) wird im Anschluß eine Zuschrift be-kannt gegeben, daß er zugunsten des Münchner Vorsitzenden Söldner auf sein Mandat verzichtet; er stehe jedoch nicht auf dem Standpunkte, daß der Vorsitzende einer Mitgliedschaft unbedingt den Vorrang haben muß.

Seik macht sodann Mitteilung, daß vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund unser Kollege Graßmann erschienen ist. Vom Aus-lande sind einstweilen anwesend: Schlumpf (Schweiz), Weigelt (Öster-reich), Remerck und Thurner (Tschechoslowakei), Wessel (Schweden); von den graphischen deutschen Verbänden die Vorsitzenden Haß, Hau-eisen, Rucker. Schriftliche Begrüßungen sind eingegangen von den Kol-legen Gustav Eißler, Prox (Weimar), Nagrochki (Danzig), Rensche (Dresden), Spahn (Bromberg), von den Kollegen in der Sophienheil-stätte, Drexland (Wien), vom Buchdruckerverband Pefens.

Das Protokoll wird geführt von dem Stenographen Prengel, später Kabeßik.

Der Vorstand wollte, wie Seik weiter mitteilt, den Pro-fessor Dr. Sinzheimer, den besten Kenner des neuen Arbeitsrechts, zu einem Vortrage auf dem Verbandstage gewinnen. Sinzheimer mußte aber ablehnen wegen anderweiter Verpflichtungen icht.

Zur Geschäftsordnung erinnert Seik an den Beschluß von Leipzig, daß ein dritter Vorsitzender aus der Mitte der Delegierten zur Leitung der Verhandlungen zu wählen ist, und daß Anträge, die sich nicht auf der Tagesordnung befinden, die Unterschrift von zehn Dele-gierten tragen müssen und vor Eintritt in den betreffenden Tages-ordnungspunkt eintreten sind. Conradt erinnert daran, daß in Leipzig nach den Erfahrungen von Nürnberg Wortmeldungen vom

Bureau erst dann entgegengenommen werden dürfen, wenn der betref-fende Referent zu Ende gekommen ist. Dem wird in allem zugestimmt.

Das Bureau wird darauf gebildet durch Künstler als Vorsitzenden neben Seik und Krauk. Zu Schriftführern werden gewählt: Belschmidt, Baufeld, Zabus, Lorenz.

In die Mandatsprüfungskommission werden ent-sendet: Klein (Berlin), Reuter, Weber, Stier, Zahn.

Die Bescherwerdekommission bilden: Grünwald, Schröter (Stuttgart), Albrecht (Köln), Leder, Hesselbarth, Lücke, Reindorf.

Die Diktantenkommission setzt sich zusammen aus: Künstler, Pietich, Hesselbarth, Herlikius, Greven, Weyrich, Baier (Nürnberg), Baumeister, Kraßler.

Seik ehrt Johann, während der Verbandstag sich erhebt, die Toten der Organisation seit der letzten Tagung und erwähnt im besondern Albert Massini und Heinrich Gieseke, von denen der eine sich auf organisatorischem Gebiete, der andre auf tariflichem unvergänklische Verdienste um die Gehilfenschaft erworben habe. Dem Geheimrat Bürenstein, als hauptsächlichsten Schöpfer der Tarifgemeinschaft werden ebenfalls ehrende Worte gewidmet, den ausländischen Gehilfenführern Keuffer (Paris), Ruut (Norwegen) und Busjet (Tschechoslawien) gleichfalls.

Darauf wird in die Beratung von Punkt I der Tagesordnung: **Be-richt des Vorstandes und Genehmigung der Tagesordnung** übergeleitet.

Verbandsvorsitzender Seik beschränkt sich als erster Referent auf eine kurze Auffrischung der Erinnerung an die fast unüberwindlichen Schwierigkeiten für die Erfüllung der Aufgaben des Verbandes in den letzten beiden Jahren. Obwohl die gedruckt vorliegenden Jahresberichte von 1922 und 1923 darüber schon reichlichen Aufschluß geben, sei es doch nötig, manches ins Gedächtnis zurückzurufen, was für eine objektive Stellungnahme des Verbandstages unerlässlich sei. Trotz der über uns hereingebrochenen Krise der Geldentwertung in den letzten beiden Jahren sei zu konstatieren, daß die Gewerkschaften auch über diese schwere Zeit hinweggekommen sind. Zwar mußte manche Gewerkschaft sichgeordnete Einrichtungen abbauen; ihre Unterstützungseinrichtungen und Fachorgane mußten teils völlig aufgegeben, teils so eingeschränkt werden, daß sie kaum noch in Betracht kamen. Um so erfreulicher sei es daher, daß uns gelungen ist, alle Einrichtungen unseres Verbandes, wenn auch in beschränktem Maße, durch diese schwere Zeit hindurchzu-bringen. Das sei in erster Linie den treuen Mitarbeitern in allen Orten und Mitgliedschaften zu danken, die keine Mühe scheuten, die Organi-sation intakt zu halten. Diesen wackeren Kollegen sei herzlich gedankt! Aber auch den ausländischen Kollegen sind wir besonderen Dank schuldi-g. Denn als die Zeiten für den Verband am schwierigsten waren, haben die ausländischen Kollegen auf Veranlassung des internationalen Sekretärs eingegriffen und uns Mittel zur Verfügung gestellt. Dann schildert der Redner die wahnsinnige Entwicklung der Geldentwertung in den letzten Jahren, in deren Riesenummen sich das Elend ausbreitete, die die gesamte Arbeiterschaft und ihre Organisationen durchzumachen ha-ben. Da die gesamte Arbeiterschaft losausagen machtlos am Boden lag, mußte sie Lohnverhältnisse über sich erheben lassen, die teilweise noch viel schlimmer waren als bei uns. Das hemmte auch eine bessere Lohn-regulierung für uns. Denn unter dem rückichtslosen Druck des gesamten Unternehmertums und schließlich auch der Regierung war es schwer, weitere Erfolge für uns zu erzielen. So ist es gekommen, daß wir bei den Tarifverhandlungen der letzten beiden Jahre eine Reihe von Posi-tionen preisgeben mußten, was unter dem Druck der schlimmen Zeit auch durch Annahme des Tarifs für 1923 auf dem Wege der Arab-stimmung von der Kollegenschaft nicht zu vermeiden war. Die immer tiefer sinkende Geldentwertung führte bis Ende 1923 zu noch schärferen Angriffen des Unternehmertums auf die Rechte der Arbeiterschaft. Zu den Tarifverhandlungen von 1923 stellten die Prinzipale Forderungen, die alles bis dahin auf diesem Gebiet zu Verzeichnende in den Schatten stellten. Infolgedessen mußten die Verhandlungen ergebnislos ver-laufen. Das Reichsarbeitsministerium fällt im weiteren Verlauf der Dinge einen völlig unannehmbaren Schiedspruch, der eine Verlänge-rung der Arbeitszeit auf 54 Stunden (auch für Maschinenseker) vor-sah, die Lohnklassen noch viel weiter auseinanderzog, eine tägliche Ar-beitszeitpanne von morgens 6 bis 10 Uhr abends und den Stunden-lohn statt Wochenlohn vorsah; Kündigung zu jeder Zeit wurde darin als zulässig erklärt, die Überstundenentschädigung wesentlich herab-gesetzt und für stark verkürzte Ferien nur noch die Dauer der Betriebs-zugehörigkeit als Grundlage anerkannt und kreisweise Lohnfestsetzung vorsehen. Verbesserungen wurden nur für die Lehrlinge in Urlaub und Kostgeld ausstanden. Auf diesem äußerst ungünstigen Boden kam nach vielen vergeblichen Versuchen, ein besseres Resultat zu erzielen, am 15. Januar d. J. ein Abkommen zustande, wonach gegen Beschäftigung der Mehrfunden über 48 bis 53 (51 für die Maschinenseker) eine Ver-längerung der bis dahin gültigen Arbeitszeit, Beibehaltung des Wochen-lohns und der zentralen Lohnregulierung, der bis dahin üblichen Feier-tagsbezahlung und eine Abkürzung der Ferienverschlechterungen ver-einbart wurde. Da eine ganze Reihe anderer Gewerkschaften schon vor-her oder zu gleicher Zeit ähnlichen Abkommen ihre Zustimmung gegeben hatte und infolge der großen Entkräftung der Arbeiterschaft geben mußten, war auch für uns kein anderer Ausweg vorhanden, um noch schlimmeres zu verhüten. Die späteren Tarifverhandlungen im Mai d. J. brachten dann wieder Verbesserungen. Und neuerdings besteht infolge der außenpolitischen Verständigung weitere Aussicht auf Ver-besserung der Lage der Arbeiterschaft. Der Redner streifte dann die Differenzen bezüglich der Sonderzulagen für das besetzte Gebiet und

die daraus entstandenen Rechtsstreitigkeiten, die vielleicht zu vermeiden gewesen, wenn die Angelegenheit nicht voreilig vor das Schiedsamt in Köln gebracht worden wäre. Im allgemeinen sei die tarifliche Entwicklung in den letzten Jahren insbesondere dadurch unfruchtbar geworden, weil sich auch im Unternehmerrager des Buchdruckerwesens eine Wandlung vollzogen habe, die auf eine zunehmende Industrialisierung des Gewerbes zurückzuführen ist. Die mit dem Gewerbe persönlich enger verbundenen Prinzipale sind aus der Leitung des Deutschen Buchdrucker-Bereins verdrängt worden, an ihre Stelle traten Syndikali, Juristen, Rechtsanwälte usw., die durch Kleinigkeitsträmerei und juristische Haarspaltereien die Tarifverhandlungen vergrößern und verbittern und dadurch die Möglichkeiten einer freien Verständigung immer mehr erschweren. — In der Spartenfrage sei zu konstatieren, daß die Mitarbeit der Obmänner der Zentralkommissionen im Verbandsvorstande zu einer erfreulichen Einsicht in die Schwierigkeiten für die Interessenwahrnehmung der Allgemeinheit der Kollegenchaft beigetragen habe. Wenn trotzdem da und dort Absichten auf besondere Organisations der Sparten aufgetaucht seien, so habe der Verbandstag auch darüber zu entscheiden, was in dieser Hinsicht im Interesse des Verbandes liege. Die von den Spartenonargen gestellten Anträge werden dazu jedenfalls genügend Gelegenheit bieten. Ein Teil der bis jetzt bekannten Forderungen der Sparten auf tariflichem Gebiete liegen, soweit sie über die Wiedererlangung der früheren höheren Entlohnung der Maschinenleiter hinausgehen, nicht im Interesse der Allgemeinheit der Kollegenchaft und könnten nur dazu beitragen, die große Masse der Handlöhner noch weiter herabzudrücken. In der Faktorenfrage, die infolge Ablehnung des Anschlusses des Faktorenbundes an die AM auf einem toten Punkt angelangt ist, müsse der Verbandstag ebenfalls versuchen, größere Klarheit bezüglich der hier in Frage kommenden Organisationsverhältnisse zu schaffen. Die Frage der Schaffung eines Industrieverbandes wurde durch Urabstimmung in ablehnendem Sinne entschieden. Indessen haben wir in dem immer noch aufrechterhaltenen Graphischen Bunde mit den Leitungen der übrigen graphischen Verbände stets enge Fühlung gehabt und uns in allen wichtigen Fragen in kollegialem Zusammenwirken zu verständigen Gelegenheiten gehabt. Es ist in dieser Hinsicht in den Beziehungen zu den übrigen graphischen Verbänden keine Veränderung eingetreten. Der jetzige Verbandstag wird auch zu dieser Angelegenheit für die zukünftige Entwicklung Stellung nehmen. Die Ablösung der früheren Tarifgemeinschaft durch den Organisationsrat hat an die Stelle der gemeinsamen Tarifinstanzen unter Beseitigung des Tarifamtes die Organisationen als ausschließliche Träger des Tarifvertrages gesetzt. Infolge der fehlenden finanziellen Mittel für die Schaffung einer besonderen Geschäftsstelle sind leider allerhand Mißbilligkeiten durch verschiedenelei Auskunfterteilungen usw. zu verzeichnen; doch ist zu hoffen, daß bei weiterer Stabilität oder Besserung der Wirtschaft nach dieser Richtung wieder geordnetere Verhältnisse geschaffen werden können. Dem Kollegen Schliebs, der mit Wegfall des Tarifamtes von seiner jahrzehntelangen Tätigkeit im Dienste des Gewerbes und damit auch der Gehilfenschaft ausgeschieden mußte, gebührt herzlich Dank auch von dieser Stelle aus. Bezüglich der Fortentwicklung der Heranbildung tüchtiger Vertreter der Arbeiterinteressen wies der Redner darauf hin, daß sich der Verband auch an der Beschäftigung der Arbeiterakademie in Frankfurt a. M. beteiligen müsse. Zwar hat bisher schon der Verbandsvorstand in dieser Beziehung bei Unterhaltungsbesuchen zum Besuche von ähnlichen Fortbildungsstätten nach Möglichkeit zu helfen versucht; doch waren die Mittel zu beschränkt, um allen diesbezüglichen Wünschen Rechnung zu tragen. Vielleicht werde es möglich sein, daß der jetzige Verbandstag auch zu dieser Angelegenheit, insbesondere betreffs einer besseren Verwertung der Arbeiterakademie in Frankfurt a. M., noch Stellung nehmen könne. Dann weist der Redner auf die durch die politischen Grenzverschiebungen eingetretenen Verluste von etwa 1800 Mitgliedern (Elsch-Lothringen, Oberschlesien, West- und Ostpreußen) hin. In Polen liegen die Organisationsverhältnisse für unsre Kollegen nicht zum besten und es ist zu hoffen, daß auf dem Internationalen Buchdruckerkongress in dieser Frage Klarheit geschaffen werden kann, da ein polnischer Vertreter an diesem Kongress teilnehmen wird. — Gegen die vielen Zeitungsverbote in den beiden letzten Jahren hat der Verbandsvorstand in vielen Eingaben an die zuständigen Behörden sowie in mündlichen Verhandlungen mit Regierungsvertretern Einspruch erhoben. Es wurde dabei stets darauf hingewiesen, daß der Buchdrucker keinen Einfluß auf den Inhalt der Zeitungen ausüben kann, und daher auch nicht durch Arbeitslosigkeit bestraft werden sollte. Zur Bekämpfung von Auswüchsen der Pressefreiheit gäbe es andre Mittel. Es wurde von den betreffenden Stellen darauf geantwortet, daß die Regierung den Beschwerden näbertreten werde. Aber leider war sonst kein Ergebnis zu verzeichnen, obwohl es an vielen persönlichen Vorstellungen in dieser Richtung nicht gefehlt hat. — Die Zentralinvalidenkasse in Liquidation ist der Inflationsperiode zum Opfer gefallen. Die frühere Erwartung, daß bei regelrechtem Abschluß der Liquidation dem Verbande schließlich ein Überschuß verbleiben würde, hat sich nicht erfüllt. Der Verbandsvorstand hat beschlossen, den noch vorhandenen 13 Invaliden trotzdem noch eine gewisse Unterstützung zu gewähren. — Durch Ankauf des Hauses, in dem der Verbandsvorstand in Berlin schon seit vielen Jahren seine Geschäftsräume hat, sowie durch Kauf und Einrichtung der Buchdruckwerkstätte in Leipzig war es möglich, einen Teil des Verbandsvormögens vor der Vernichtung durch die Inflation zu retten. Nun soll durch Errichtung eines Verbandskaufes in Berlin mit Beteiligung der Drucker in Berlin ein Musterbetrieb geschaffen werden, um zu zeigen, was die Gehilfenschaft zu leisten vermag. Dazu hat der Verbandstag ebenfalls

Stellung zu nehmen und über die Beschaffung der erforderlichen Mittel zu beraten. Von einer eingehenden Erörterung verschiedener anderer wichtiger Fragen nimmt der Referent aus dem Grund Abstand, weil diese selbst besondere Punkte der Tagesordnung des Verbandstages bilden, wie z. B. die Tätigkeit des DGB, des Graphischen Bundes, die Lehr- und Ausbildungsabteilung, Sparten, „Korr.“, die internationalen Beziehungen usw. Zusammenfassend und abschließend weist der Redner noch einmal darauf hin, daß große Schwierigkeiten unter Aufwand aller Kräfte zu überwinden versucht wurden. Was die leitenden Personen des Verbandsvorstandes in dieser schweren Zeit zu überwinden hatten, konnte länger kaum noch geleistet werden. Alles hat sich zusammengeballt und erforderte ändernde Anstrengungen. Aber im Verbandsvorstand war der gute Wille vorhanden, mit allen Kräften der gesamten Kollegenchaft zu dienen, und das wir über all diese Schwierigkeiten hinweggekommen sind, ist dafür sicher ein Beweis. Dies möge bei der Kritik an der Tätigkeit des Verbandsvorstandes berücksichtigt werden. Wenn manches nicht wunschgemäß durchgeführt werden konnte, so lag das eben an den Verhältnissen, die viel stärker waren. Werde dies alles berücksichtigt, dann wird es auch möglich sein, daß die Verhandlungen des Verbandstages zu Beschlüssen führen, mit denen die Kollegenchaft und auch der Verbandsvorstand einverstanden sein können. (Beifall.)

Verbandsreferent Schweiß bespricht in direktem Anschluß hieran die beiden Klassenberichte, die seit der Leipziger Generalversammlung herausgekommen sind. Sie umfassen einen Zeitabschnitt, hinter welchem man am liebsten den Vorhang senken möchte. Genügte zum Abschluß der Jahresrechnung für 1922 noch eine neunstellige Zahl, so war für den Abschluß des Geschäftsberichts 1923 eine achtstelligen Zahl erforderlich. Mit jeder Null stieg auch das Elend und die Verwüstung der Bevölkerung, stiegen die Schwierigkeiten der gewerkschaftlichen Verbände. Von ihnen erwarteten die Massen Stille des Hungers. Der Bewältigung dieser Aufgabe mußten sich die Gewerkschaften widmen in einem Ausmaße wie nie zuvor und in einer Zeit, wo alle ihre Mittel im Nachstrom der Inflation zerrieben waren und Beiträge der wenigen noch in Arbeit und vollem Verdienst stehenden Mitglieder jeden Wert verloren hatten, wenn sie bei der Kasse einliefen. Das Schlimmste und Niederdrückendste für uns im Verbandsvorstand war aber, daß man die Entwertung der Verbandsbeiträge von der Erhebung bis zur Ablieferung machtlos gegenüberstand. Wir waren uns bewußt, daß der Beitrag in Höhe eines Stundenlohnes für die Mitglieder damals ein Opfer bedeutete, mußten aber gleichzeitig auch erkennen, daß dieses Opfer seinen Zweck nicht erfüllen würde. Die gelagten Kassierer — bis zum Druckereikassierer — haben wir immer wieder zu schnellerer Ablieferung gebrängt. Das erweckte den Ansehen, als wenn wir deren Arbeit nicht genügend würdigten, und aus diesem Gefühl heraus wurden diese Kollegen amtsüde und wollten vielfach nicht mehr mitmachen. Bei den verschiedensten Anlässen haben wir jedoch anerkannt, wie wertvoll die unverdroffene Mitarbeit dieser Funktionäre für die Überwindung der Schwierigkeiten in der damaligen Zeit war. Auch an dieser Stelle sei ihnen bester Dank ausgesprochen. Die Freude darüber, daß es ihrer Mitwirkung mit zu danken ist, wenn der Verband diese unheimliche Zeit überstanden hat, wird den Kollegen hoffentlich die beste Anerkennung für all das Ausgestandene gewesen sein. Nach Beendigung der Inflation fehlte es auch nicht an Vorwürfen, daß wir nicht vorausschauend genug gewesen seien in der Anlage unsrer Gelder. Diese Vorwürfe treffen auf die Zeit nach der Leipziger Generalversammlung nicht zu. Was damals aus den Vermögensanlagen noch verwertbar war, wurde veräußert und der Erlös gegen weitere Entwertung gesichert. Nur durch Schaffung von Reserven war es möglich, den Betrieb der Organisation, die Einrichtungen der Organisation überhaupt, aufrecht zu erhalten, als im Juni 1923 die letzte schlimmste Phase der Markentwertung einsetzte und der Markkurs dann mit dem Zusammenbruch des Ruhrkampfes ins Bodenlose stürzte. In früheren Jahren waren unsre Klassenberichte der Mahstab für die finanzielle Leistungsfähigkeit des Verbandes in der kommenden Zeit. Durch Vergleiche mit früheren Jahren oder Zeitperioden bekamen wir Maßzahlen, mit welchen wir Beitragshöhe, Höhe der Unterstützungen und den Geldbedarf oder Beitragsteil für jeden einzelnen Aufgabekreis des Verbandes mit ziemlicher Genauigkeit auch für die vor uns liegende Zeit errechnen konnten. Diese Möglichkeiten bieten die Berichte über die letzten Geschäftsjahre und besonders die über die Berichtszeit nicht mehr. Sehr deutlich zeigt das die Einnahmenseite der Abrechnung der Verbandskasse für 1923, wo die Beitragseinnahmen nach Quartalen aufgeführt sind. Die ordentlichen Beiträge des ersten Quartals im Betrage von 291 705 467 M. schließen einen bedeutend größeren Wert in sich als die Beitragseinnahmen des vierten Quartals in Höhe von 167 089 Millionen 200 Milliarden Mark. Wirtschaftsgeschichtlich betrachtet, bildet das Jahr 1923 für die Wirtschaft Deutschlands ein Datum. Es reißt Vergangenheit und Zukunft auseinander. Es ist und bleibt ein Scheidenskind für alle, welche die Wirtschaft dieses Jahres statistisch erfassen und darstellen wollen oder müssen. Uns sind oft Vorwürfe gemacht worden wegen Nicht-einhaltung der Leipziger Beschlüsse über das Beitrags- und Unterstützungswesen — Vorwürfe der widersprechendsten Art. Es wurden Vorwürfe erhoben deshalb, weil wir mit dem Beitrag dem Stundenlohn immer eine Woge nachhinkten. Das waren deutende Kollegen! Die andern sahen nur die nackte, immer größer werdende Zahl und schimpften auf die Verbandsleitung, weil auch sie den „Wucher“ wie alle andern mitmache. Die ersten übersehen, daß es uns nicht möglich war, im Mittwoch „Korr.“ einen Stundenlohn bekannt zu geben, der am Donnerstag erst ausgehandelt werden sollte. Die andern sind die Opfer der mangelhaften Aufklärung über Umlage und Wertung des Mark-

verfalls gewesen. Der Fehler, den wir in Leipzig begingen, war der, daß wir zu optimistisch waren, daß wir einen solchen Zusammenbruch der Währung nicht voraussetzten, daß wir infolgedessen auch die Entwertung des Beitrags von der Erhebung bis zur Ablieferung nicht mit einlehten. Dazu kam als Folge des Währungszusammenbruches Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in einem früher ganz unvorstellbaren Ausmaße. Die weitere Folge davon war einerseits Minderungen, andererseits Steigerung der Ausgaben weit über jede Norm, die vorauszuheben war und in Leipzig als Grundlage dienen konnte. In diesen Tatsachen mußte jedes System der Beitrags- und Unterstützungsregelung scheitern. Vorwürfe wurden uns insbesondere gemacht, weil wir Unterstützungsätze festsetzten, die die Bezeichnung „Unterstützungen“ nicht mehr verdienten, vielfach die Abholung nicht mehr lohnten. Diese Vorwürfe waren berechtigt. Da höhere Unterstützungen nicht möglich, hätte Aufhebung erfolgen müssen. Das wollten und mußten wir vermeiden. Der arbeitslose Kollege sollte nicht jede Verbindung mit dem Verband und Beruf verlieren; er sollte mit unsern Funktionären in Verbindung bleiben. Dieser Standpunkt hat sich als richtig erwiesen. Ganz besonders waren wir darauf bedacht, dem Verbands das gestiegene Bindesglied, den „Korr.“, und der Verbandsabteilung den „Jungbuchdrucker“ zu erhalten. Aber alle unsere Bemühungen wären vergeblich gewesen, wenn nicht die Gauvorsteherkonferenz im September 1922, der die Frage des „Korr.“-Obligatoriums zur Prüfung und Beschlussfassung von der Leipziger Generalversammlung überwiesen worden war, unsern Vorschlägen gefolgt wäre und das Obligatorium abgelehnt hätte. An der beim Obligatorium erforderlichen vorgesehenen Auflage von annähernd 70 000 wäre der „Korr.“ unbedingt zugrunde gegangen. Mehr als alle Entbehrungen, die sich alle Beteiligten auferlegen mußten, trug an den Herzen die bange Frage, ob unser Vorhaben gelingen, ob wir alle unsere Einrichtungen, wenn auch in eingeschränktem Umfange, in eine bessere Zeit hinüberretten können. Als dann die Not aufs höchste gestiegen war, wurde uns eine Hilfe erteilt, die der Solidarität unser ausländischen Bruderverbände das glänzendste Zeugnis ausstellte. Daß wir selbst die Hände nicht in den Schoß legten und aus eiaem das möglichste versuchten und in die Wege leiteten, bewiesen wir dann durch die besondere Hilfsaktion für den „Korr.“, durch die Ausschreibung eines Extrabeitrags von 50 Milliarden Mark für Voll- und 20 Milliarden Mark für Kurzarbeiter. Mit dieser Maßnahme hatten wir insofern Glück, als die Einziehung und Einwendung dieser Beiträge zusammenfiel mit der Stabilisierung der Mark. Die eingehenden Beträge unterlagen keiner Entwertung mehr und konnten in ihrem vollen Wert ihrem Zweck dienstbar gemacht werden. So hat dieses dunkelste Kapitel in der Geschichte des Verbandes der Deutschen Buchdrucker doch Lichtblicke, die erhebend wirkten. Der Beweis für die Notwendigkeit der manchmal als rigoros kritizierten Maßnahmen dürfte heute erbracht sein durch die Tatsache, daß wir am Schlusse des dritten Quartals 1923 noch ein Vermögen von 77 Milliarden Papiermark = 2030 Goldmark zu Buche stehen hatten. Aber die schlimmste Markentwertung folgte dann erst noch. Mitte November erfolgte dann die Einführung der Rentenmark. Der Verbandsvorstand schrieb sofort den Verbandsbeitrag in Gold aus, und zwar in Höhe von 75 Goldpfennigen. Auch diese Maßnahme dürfte heute allgemein als richtig anerkannt werden. Am Schlusse des Jahres machten wir dann unter die Abchlüsse in den Büchern einen tiefen Strich und gingen daran, eine Neubewertung oder Neubewertung der Vermögensbestände vorzunehmen, die in dem Strudel der Inflation nicht untergegangen waren. Die aufgestellte Eröffnungsbilanz per 1. Januar weist ein Vermögen von 47 498 M. aus. Wenn wir den Beitrag bis auf die Höhe der Vorkriegszeit steigerten, die Unterstützungsätze aber langsamer folgen ließen, so folaten wir dabei nur einem Gebote bitterer Notwendigkeit. Die Forderung: „Friedensbeitrag bedingt Friedensunterstützung“, hört man vielfach erheben. Es fragt sich nur, welche Zeit, welches Jahr oder welche Jahre man mit dem Worte „Frieden“ meint. Wer damit das Jahr 1913 meint, wer glaubt, daß man den Anfang August 1914 zerrissenen Faden wieder anknüpfen kann, als wäre nichts weiter passiert, wer die dazwischen liegende Zeit einfach ignoriert, der wird allerdings eine grobe Enttäuschung erleben. Es gab „im Frieden“ aber noch mehr Jahre, wo man im Verbands der Deutschen Buchdrucker auch schon 1,10 M. Beitrag zahlte, an Unterstützungen (unter Mitberücksichtigung längerer Karenzen und kürzerer Bezugsdauer) noch nicht einmal das erhielt, was der Verband heute schon wieder leistet. Von 1893 bis 1913 betrug der Verbandsbeitrag 1,10 M. Die Unterstützungen aber sind nur ganz allmählich angestiegen. Wenn daher der Verband 1913 so erhebliche Unterstützungen zahlen konnte, so war das zu einem erheblichen Teil auch mit dem Umstand zu danken, daß die Mitglieder 20 Jahre vorher zwar denselben Beitrag zahlten, sich aber mit Unterstützungsätzen abfanden, die etwa halb so hoch waren wie 1913. Wir gingen in das Jahr 1922 mit 75 517 und beschloßen das Jahr 1923 mit 67 177 Mitgliedern. Zu dem Verlust von 8070 kommen im ersten Quartal 1924 noch 473. Die Berichte über das zweite Quartal zeigen nun wieder ein Ansteigen der Mitgliederzahl, so daß wir am 30. Juni die 70 000 wieder erreicht haben dürften. Redner geht in seinen weiteren Ausführungen u. a. auf das im März 1923 unter der Firma „Deutsche Kapitalverwertungsgesellschaft m. b. H.“ gegründete Bankinstitut der freien Gewerkschaften ausführlich ein. Inwiefern ein Bedürfnis zur Kritik an den geschäftlichen Maßnahmen des Verbandsvorstandes, soweit sie Verbands- und Unterstützungsfragen betreffen, besteht, muß das Durcheinander bekräftigt werden, welches die furchtbare Inflationsperiode des Vorjahres in die gesamte Volkswirtschaft, in die Wirtschaft des einzelnen A-bracht hat und ganz naturgemäß auch in die Wirtschaft unserer Organisation bringen mußte. Die Folgen dieser Zeit zu überwinden,

wird jahrelanger Arbeit bedürfen. Dieser Wiederaufbauarbeit haben wir uns sofort hingegeben. Lassen wir keinen Zweifel darüber, daß diese Arbeit nicht leicht sein wird, daß sie die opferwillige Hingabe aller erfordert. Der Verband der Deutschen Buchdrucker steht vor einer Entwicklungsperiode, wo seine Mitglieder beweisen können und beweisen müssen, daß sie von der gleichen Opferwilligkeit beseelt sind, wie sie die Kisten in früheren Zeiten so oft an den Tag legen mußten und freudig an den Tag gelegt haben, wenn schwere Stürme über die Organisation dahingebrocht waren. Auch unser Entschluß, den Beschluß der Nürnberger Generalversammlung zur Ausführung zu bringen und mit dem Bau des Verbandshauses zu beginnen, ist einer gewissen Zwangsläufigkeit entsprungen. Die oft schon in Verbandstagsbeschlüssen bekundete Auffassung, daß der „Korr.“ an den Sitz des Verbandsvorstandes verlegt werden muß, hat sich gerade in den letzten Jahren als zwingende Notwendigkeit herausgestellt. Alle an der Herstellung des „Korr.“ Beteiligten — und insbesondere die Redakteure — mußten sich oft Arbeitszeiten auferlegen, die man einem Menschen überhaupt nicht zumuten sollte. Trotzdem wurde der Vorteil des zweimaligen Erscheinens häufig aufgehoben, eben durch die Trennung. Auch in den vor uns liegenden Zeiten muß damit gerechnet werden, daß der Verband vor ernste Aufgaben gestellt wird. Da müssen alle Voraussetzungen für ein gutes Funktionieren aller Einrichtungen geschaffen werden. Bei den verschiedensten Anlässen hatten wir Gelegenheit, die Auffassungen und Stimmen der Mitglieder kennen zu lernen. Wir gewannen daraus die Überzeugung, daß der ernste Wille bei den Kollegen vorhanden ist, die Schranken auszuweichen, die der Organisation geschlagen wurden. Diesem Willen muß der Verbandstag einen mächtigen Antrieb geben. Nicht rückwärts wollen wir unsern Blick richten, sondern vorwärts!

Nachmittagsitzung

Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen wird die Diskussion über den Geschäftsbericht des Verbandsvorstandes eröffnet. Die Redezeit beträgt eine Viertelstunde.

Es ist mit großem Interesse der Erstattung des Geschäftsberichts gefolgt und kann doch nicht sagen, davon bekräftigt zu sein. Es war im Geschäftsbericht einiges zu vermissen, was unbedingt hätte erörtert werden müssen. Es klang so, als sei bei uns innerhalb der letzten zwei Jahre alles „in Butter“ gewesen. Das war jedoch in Wirklichkeit durchaus nicht der Fall. Es ist im Gegenteil manchmal drunter und drüber gegangen. Dem Verbandsvorstand ist der Vorwurf nicht zu ersparen, daß er gewisse Dinge ungehindert laufen ließ. Verschiedentlich rissen Unverantwortliche die Führung an sich, ohne daß ihnen in jedem Falle energisch entgegengetreten wurde. Insbesondere ist jede Initiative gegen solche Elemente zu vermissen gewesen, deren destruktive Tendenzen den Verband auseinanderreiben wollen. Diese beschränken sich nicht bloß auf die Bekämpfung der eignen Organisation, sondern sie gehen noch darüber hinaus und bereiten auch andern graphischen Verbänden Schwierigkeiten. Es gibt keine Organisation, die in ihren eignen Reihen ein besonderes Organ nach Art des „Graphischen Bloks“ duldet, das im Herunterreißen der Verbandspolitik und der verantwortlichen Funktionäre das Erdbecken leitet, ohne daran ernsthaft verhindert zu werden. Bloße Drohungen fruchten nicht; es muß im Gegenteil gefordert werden, daß von der Organisationsleitung die Zügel wieder ergriffen werden zur Bekämpfung der Organisationszersplitterung.

Freitag schließt sich im großen ganzen dem Gesagten an. Bei nicht wenigen, die früher in der Opposition standen, ist allerdings seit der Leipziger Generalversammlung eine Wandlung bzw. eine günstige Entwicklung zu verzeichnen. Darin liegt eine Bestätigung für die Richtigkeit der Anschauung derjenigen, die sich nicht betrenn ließen durch Augenblicksstimmungen, sondern ihren geraden Weg gingen von Nürnberg über Leipzig nach Hamburg. Freilich sind diese um persönliche Anpöbelungen nicht herumgekommen. Der Verbandsvorstand verlagte leider gegenüber solchen Elementen, die sich angeblich schämen, noch Verbandsmitglied zu sein. In diesem Verlagen liegt ein Defizit im Geschäftsbericht, unter dem die Funktionäre zu leiden haben. Nicht selten findet sogar eine Auspielung des zu toleranten Verhaltens des Verbandsvorstandes in gewissen Fragen gegenüber Gaufunktionären statt. Verschiedene Einzelvorkommnisse in Großstädten haben gezeigt, daß es destruktive Elemente darauf anlegten, alles drunter und drüber gehen zu lassen. Manche Großstadtkollegen vergaßen eben, daß es außer ihnen auch noch andre Kollegen gibt, die unter ungleich schwierigeren Verhältnissen zu leben gezwungen sind. Eine bessere Klärung über die jeweils einzuschlagende Taktik ist dringend notwendig. Die erfolgte Regelung der Ortsaufschlagsfrage hat in nicht wenigen Mitgliederkreisen starke Unzufriedenheit hervorgerufen. Unter dem Schlagwort der Gründung von Industrieverbänden übersehen noch zu viele den Stand der Dinge innerhalb jeder einzelnen Organisation. Durch eine engere örtliche Zusammenarbeit aller graphischen Organisationen wird der im Zuge der Entwicklung liegende Zusammenschlußgedanke am besten gefördert.

Musikal erblickt im Rechenschaftsbericht des Verbandsvorstandes das klassische Dokument einer beispiellos schweren Zeit, von der man wünschen muß, daß sie niemals wiederkehrt. Zur Intakthaltung der Organisation hat eine Riesearbeit bewältigt werden müssen, die man als neulicht bezeichnen muß angesichts dessen, daß andre Organisationen zerschlunden und zerbröckelt aus den Wirrnissen der hinter uns liegenden Zeit hervorgegangen sind. Der Verbandsvorstand verdient um so mehr Dank und Anerkennung für das Geleistete, als auf gewisser Seite alles getan worden ist, um zersetzenden Kräften Vorjaub zu leisten. Obel hat sicher vielen aus dem Herzen gesprochen mit seiner Kennzeichnung der destruktiven Bestrebungen. Eigentlich hätte der Verbandsvorstand

selbst Kritik üben müssen an den Organisationschäbigern; es ist zu bedauern, daß das nicht geschah. Wäre es bei uns nach den 999 kommunistischen Parolen gegangen, dann wären wir heute am Ende unserer Organisation angelangt. Glücklicherweise ist die Mehrzahl unserer Mitglieder nicht auf Revolutionsromantik und Massenstreikparolen eingestellt. Der Abbau des Achtstundentages ist der Tribut an das erstarrte Unternehmertum. Ein nicht geringer Teil der Schuld hieran liegt auf Seiten der Moskauer Trabanten, die die Einheitsfront der Arbeiterschaft bewußt zerstören. Bedauerlich ist der unter den Einwirkungen der Inflationszeit erfolgte Abbau von organisatorischen Einrichtungen, die dazu bestimmt waren, das Zusammenwachsen der vier graphischen Verbände vorzubereiten. Ein Wiederaufbau ist auch in dieser Beziehung aufs dringendste zu wünschen. Ziehen wir einen dicken Strich unter die Vergangenheit und wenden wir uns mit um so größerer Entschlossenheit den Aufgaben zu, die in die Zukunft weisen.

Es ist ein in im allgemeinen mit dem Geschäftsbericht einverstanden. Immerhin wäre eine klarere und präzisere Darstellung darüber wünschenswert gewesen, wie sich die Verhältnisse innerhalb der letzten zwei Jahre im Verbände gestaltet haben. Einzelne Gänge, ja sogar Bezirke sind in der Frage der Lohnregulierung selbstherrlich vorgegangen. Demgegenüber hätte betont werden müssen, daß die unbedingte Einheitslichkeit der Bewegung erforderlich ist, um generelle Fortschritte auf dem Lohngebiet zu erzielen. Ein gutes Stück ersprießlicher Gewerkschaftsarbeit ist gewiß auch in der Inflationszeit geleistet worden. Aber dennoch muß gesagt werden, daß durch eine größere Klarheit über die tatsächliche Auffassung der Verbandsleitung den Funktionären die Arbeit wesentlich erleichtert haben würde.

Lorenzen erblickt im Geschäftsbericht des Verbandsvorstandes ein Bild der ungeschwehlichen Auswirkungen einer außerordentlich schlimmen Zeit. Die Notlage der Mitglieder machte es verständlich, daß die Lösung der Magenfrage das A und das O im Organisationsleben bildete. Nur ein halbwegs gut genährter Mensch ist ja in der Lage, den an ihn gestellten Anforderungen zu entsprechen. Dennoch führt die Lösung der Lohnfrage allein aus dem Elend nicht heraus. Es muß vielmehr nach Überwindung der schlimmsten Mängel der Vergangenheit um so zielbewußter an die gewerkschaftlichen Zukunftsaufgaben gegangen werden, wie sie im § 1 unseres Verbandsstatutes festgelegt worden sind. Daß in manchen Situationen der vergangenen Zeit in Mitgliederkreisen der offene Kampf für nützlicher gehalten wurde als ein magerer Vergleich, erscheint aus den Verhältnissen heraus begreiflich. Als besonders schmerzhaft wurde die Verwässerung des Achtstundentages durch das Arbeitszeitabkommen empfunden. Trotz alledem ist das Festhalten an Reichsstarifverträge ein Gebot der Notwendigkeit. Daß in der Frage der Reichsstarif der ADGB zu keiner klaren Stellungnahme durchdringt, ist unbegreiflich. Viel Streik würde dadurch vermieden. Der Hamburger Antrag auf vermehrte Anwendung der Arbeitszeitverträge berührt spürbar. Wünschenswert wäre es gewesen, daß die Mitglieder auch über das Januar-Abkommen befragt worden wären. Es kann nur nützlich sein, wenn die Meinung der Mitglieder zu wichtigen Fragen erkundet wird. Der Glaube an die Sieghaftigkeit der Gewerkschaftsbewegung hat durch die Inflationszeit einen harten Stoß bekommen, aber dennoch muß gesagt werden, daß sich die Lage der Arbeiterschaft noch viel trostloser gestaltet haben würde, wenn die Gewerkschaften nicht gewesen wären. Der Mangel an aufklärendem Material trägt viel Schuld an dem unzureichenden Verständnis weiter Mitgliederkreise. Nicht bloß den Gauvorständen muß solches Material auf direktem Wege zur Verfügung gestellt werden, sondern auch den Bezirks- und Ortsvorständen. Wenn die oberste Verbandsleitung für sich Vertrauen beansprucht, muß sie das gleiche Vertrauen auch in die unteren Instanzen setzen. Der Ruf nach vermehrter Aufklärung in sozial- und wirtschaftspolitischen Dingen steht sich wie ein roter Faden durch alle Berichte. Der Verbandsvorstand muß in dieser Beziehung mehr tun. Für die Wiederbeschäftigung der Frankfurter Akademie sollten vorwiegend solche Mitglieder berücksichtigt werden, die bereits heute in der Organisationsarbeit stehen. Das könnte von Vorteil für alle Probleme sein, die heute im Vordergrund des gewerkschaftlichen Interesses stehen. Die Betriebsrätefragen erfordern ebenfalls vermehrte Aufklärung, um zur besseren Ausnutzung des Betriebsrätegesetzes zu befähigen. Von der Durchführung einer Aufklärungsarbeit in verstärktem Maße ist eine günstige Wirkung auf das Versammlungs- und das gesamte Organisationsleben zu erwarten.

Reisner teilt die Auffassung, daß seit Leipzig Schweres durchgemacht werden mußte. Glücklicherweise sind wir im Wiederaufbau begriffen. Der Abbau der Unterstützungseinrichtungen in der Inflationszeit war eine Notwendigkeit, nunmehr aber muß auch ein Wiederaufbau im Unterstützungswesen vor sich gehen im Interesse der Mitglieder. Wir müssen den Friedensfäden wieder näherkommen. Daneben bildet die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen den Hauptpunkt, um den sich alles organisatorische Leben dreht. Redner bespricht kritisch den Abbau des Achtstundentages. Keinesfalls darf gegenüber staatlichen Instanzen Einverständnis bekundet werden zur Arbeitszeitverlängerung, weil aus solcher Nachgiebigkeit das Unternehmertum falsche Schlüsse zieht. Die deutschen Lohnverhältnisse sind im Vergleich zu den Löhnen der ausländischen Arbeiter beschämend niedrig. Deshalb dürfen wir nicht nachlassen in dem Bestreben, menschenwürdige Löhne zu erreichen. Kein Kündigungsfrist tariflicher Abmachungen darf ungenutzt bleiben. Gegen den Abbau in der Ortszuschlagsfrage hätte entschiedener Stellung genommen werden müssen. Auf die schweren Vorstöße der Prinzipale im Osten und deren Abwehr geht Redner jetzt ein. Doppelt organisierte Mitglieder sollten nicht geduldet werden. Unbedingt muß Auswüchsen in dieser Beziehung be-

gegnet werden, namentlich gegenüber solchen Mitgliedern, die gar keine Faktorenarbeit verrichten.

Kühlele findet es nicht verwunderlich, daß heute eine maßvolle Kritik am Geschäftsbericht geübt wird gegenüber der maßlosen in Leipzig. Leider wird die Arbeit der kleinen Funktionäre manchmal erschwert durch Maßnahmen des Verbandsvorstandes. In weiten Mitgliederkreisen besteht die Empfindung, als sei unsere Lohnpolitik der aggressiven Prinzipalpolitik nicht angepaßt. Vor der Durchbrechung des Achtstundentages hätte eine Meinungseinholung bei den Mitgliedern erfolgen müssen. Der Wunsch vieler Handwerker auf Bekämpfung von Spartenauswüchsen muß dem Verbandsvorstand ans Herz gelegt werden. Vernachlässigungen der Betriebsräte sind unbedingt zu vermeiden. Dringend nötig ist die laufende Zuführung von Aufklärungsmaterial. Ein zu weit gehender Ausbau des Unterstützungswesens ist nicht zu empfehlen, eher ein Abbau. In erster Reihe müssen die gewerkschaftlichen Unterstützungszweige stehen.

Stürz: Von Ebel und Freitag wurde bemängelt, daß der Verbandsvorstand bestimmten Richtungen gegenüber eine Stellungnahme vermissen ließ, wie sie in anderen Organisationen durchgeführt wurde. Daraus kann dem Verbandsvorstand kein Vorwurf gemacht werden. Bedauerlich aber war es, daß über das Januarabkommen keine Abstimmung herbeigeführt wurde, weil bei diesem ein ideeller Abbau in Frage kam. Hier hätte der Verbandsvorstand den Funktionären einen moralischen Rückhalt verschaffen müssen. (Widerspruch.) Die aus Sparmaßregeln resultierende unterbrochene Nichtzugehörigkeit der zweiten Gauvertreter zur Gauvorsteherkonferenz hätte damals um deswillen nicht Platz greifen dürfen, weil darin eine Beschneidung des Mitbestimmungsrechts über eine hochwichtige Frage zu erblicken war. Die Einziehung von Extrabeiträgen bezeugt schwerer Mißstimmung in Mitgliederkreisen. Zumindest hätte in Würdigung der materiellen Einstellung vieler Mitglieder die erstmalige Erhebung des Extrabeitrages für den Verbandshausbau nicht mit dem Zeitpunkt der Wahlen zum Verbandstage zusammengelegt werden dürfen. Die Mißstimmung hat vielfach ihre Auswirkung gefunden in der Frage, die sich manches Mitglied vorlegte: Wen wählst du, oder wählst du überhaupt nicht? Damit wurde den von Ebel und Freitag gekennzeichneten Gruppen in die Hände gearbeitet.

Baier erblickt im Geschäftsbericht den Beweis einer Fülle von geleisteter Arbeit. Trotzdem muß man sich fragen, ob nicht noch mehr hätte getan werden können an Aufklärung der gesamten Mitglieder in wirtschaftspolitischen Dingen. Mit der Regelung der Lohnfrage allein ist nicht vorwärts zu kommen, es gilt vielmehr, im Sinne des § 1 des Verbandsstatutes den Boden vorzubereiten für eine Erweiterung des Mitbestimmungsrechts in der Produktion und für die Erstrebung einer gemeinwirtschaftlichen Produktionsweise. Obwohl man wissen muß, daß eine Lohnerhöhung nicht der Weisheit letzter Schluss ist, war doch bei uns alles nur auf die Lohnfrage eingestellt. Der Begriff Spitzenlohn kommt einer Irreführung gleich, weil bei weitem nicht alle Gehilfen diesen Lohn beziehen. Andre Unternehmerkreise werden damit scharf gemacht gegen die angeblich zu hohen Buchdruckerlöhne. Erziehen wir unsere Mitglieder zu tieferem Verständnis für ihre Stellung im Produktionsprozess, dann werden sie sich in lohnlicher Beziehung leichter selbst zu helfen imstande sein. Bei der Bemessung der Löhne im Buchdruckergewerbe wird oftmals zu viel Rücksicht genommen auf Verhältnisse, die die Gehilfen nichts angehen. Redner geht auf Grund äussernmäßigen Materials namentlich auf die Stellung der Zeitungsverleger zur Lohnfrage ein und schildert deren Verdienststeigerungen gegenüber der Vorkriegszeit. Unsere Einstellung zur Lohnfrage muß eine andre werden. Erst dann besteht eine Möglichkeit zu besserem Vorwärtkommen auf dem Lohngebiete, wenn unsere Mitglieder den nötigen Opfern aufbringen. Eine Nachsichtigkeit Kommunisten und Sakentkämpfern gegenüber ist nicht am Platze. Die statutengemäß parteipolitische Neutralität darf nicht bis zur Verfassung des eigenen Verbandes führen. Zur Industrieverbandsfrage empfiehlt Redner den von Nürnberg gestellten Antrag zur Beachtung. Die agitatorische Bearbeitung kleiner und kleiner Ortsgruppen braucht nicht von vier Organisationen aus zu erfolgen. Das Arbeitszeitabkommen hat viel Staub aufgewirbelt. Es hätte verlangt werden müssen, daß die Frage nach der wirtschaftlichen Notwendigkeit einer Arbeitszeiterlängerung ganz anders geprüft wird, als es schließlich festgelegt wurde. Die Bildungsarbeit und die Bildungsanstalten müssen aufrechterhalten bleiben im Interesse der Gesamtarbeitbewegung. In der Bekämpfung der Lohnfrage muß mehr geschehen als bisher, in erster Linie durch Schaffung einer einheitlichen Grundlage. Die Frage der Faktorenmitgliedschaft muß unter dem Gesichtspunkt geprüft werden, ob die Mitgliedschaft aus gewerkschaftlicher Überzeugung oder nur aus Rücksichtnahme auf die Unterstützungszweige aufrecht erhalten wird. Unsere Faktorenmitglieder haben lange genug Zeit zur Besinnung und zur innerlichen Reformierung gehabt. Mit Indifferenzen kann es keine Gemeinschaft mehr geben. Wenn die Buchdrucker nicht zur prinzipiellen und geistigen Erleuchtung beitragen, dann kann man das von anderen Arbeitergruppen noch viel weniger verlangen.

Thoran: Die Großstadtkollegen haben in den letzten zwei Jahren oftmals aus Rücksicht auf die Provinz auf Möglichkeiten verzichtet, höhere Löhne zu erringen. Der Forderung der Leipziger Generalversammlung, zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Mitglieder alle gewerkschaftlichen Machtmittel einzusetzen, ist nicht immer entsprochen worden. Bis zur erstmaligen Berliner Wachtprobe standen die Löhne der Hamburger Buchdrucker unter den Löhnen der übrigen Berufsgruppen. Was der Berliner Gehilfenschaft möglich war, hätte auch

vom Verbandsvorstand gesehen können. Jedenfalls durfte die Organisationsleitung den Berliner Kampf nicht verloren geben und Rücksicht auf die ersten Nachwirkungen auf die Gesamtorganisation. Die Einführung der Goldlöhne wurde von den Gewerkschaften zu lange hinausgezogen mit Rücksicht auf die allgemeine Wirtschaftslage. Die Verschlechterung der Staffeln durch den Schiedsspruch im November während der Gültigkeitsdauer des geltenden Lohnabkommens durfte nicht in Kauf genommen werden. Gegenüber den Bestrebungen auf Abbau des Achtfundentages hat der A.D.G.B. versagt. Erst nachdem unsere Organisation ändern gefordert war, setzte die Abwehrbewegung ein. Mit einem Vorgeben gegen die Kommunisten ist Redner nicht einverstanden. Bei wichtigen Angelegenheiten muß mehr als bisher vom Mittel der Urabstimmung Gebrauch gemacht werden. Das Arbeitszeitabkommen war eine sehr wichtige Frage. Nicht aus Rücksicht auf die Funktionäre, sondern um das Verantwortungsgefühl der Mitglieder zu stärken, muß häufiger von der Urabstimmung Gebrauch gemacht werden. Der Verbandsvorstand muß sich den Glauben an den Idealismus der Mitglieder erhalten.

Melzer ist der Ansicht, daß mit dem Arbeitszeitabkommen etwas preisgegeben wurde, wogegen schärfste Abwehr berechtigt und notwendig gewesen wäre. In Hamburg besteht ein Betrieb, von dem das Schlimmste erwartet werden muß. Es ist die Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine, gegen deren weit über privatkapitalistische Begriffe hinausgehende Auffassungen sich selbst der A.D.G.B. machtlos erwie. Vor scharfer Kritik an Genossenschaftsbetrieben darf nicht zurückgeschreckt werden. Kein sachlich muß versucht werden, die Schäden zu erkennen. Auf dem Lohngebiet ist die Unterscheidung nach Altersklassen unberechtigt. Lediglich die technische Leistungsfähigkeit muß für die Bezahlung maßgebend bleiben. Geschicht hat nicht, dann werden nicht die schlechtesten Arbeitskräfte in andre Berufe abwandern. Die tariflichen Staffeln sind als unhaltbar vom Verbandstag zu bekämpfen. Nicht einverstanden erklärt sich der Redner, wie im „Korr.“ das Arbeitszeitabkommen schmackhaft gemacht worden ist. Es wurden dabei Zukunftshoffnungen erweckt, die nicht zu erfüllen waren. Die Benachteiligung der Gauvorstände über Lohnabkommen und dergleichen läßt zu wünschen übrig. Auch im allgemeinen muß der Konnex enger werden durch Schaffung von Richtlinien, die von der obersten Leitung bis zum letzten Mitglied Geltung haben.

Sporn: Unter dem mißglückten Berliner Novemberstreik hat unsere Gesamtbewegung heute noch zu leiden. Der Verbandsvorstand hat es darüber an Aufklärung fehlen lassen. Unverständlich war seine Haltung zum Berliner Streik. Wenn dieser von vornherein keine Erfolgsmöglichkeit bot, hätte man es nicht dazu kommen lassen dürfen. (Stürmische Weiterleitung!) Das Risiko wäre nicht so groß gewesen, wenn der Verbandsvorstand entsprechend gehandelt hätte. Nicht zu verstehen ist, daß der A.D.G.B. und der Verbandsvorstand zur Mafseirfrage eine so unklare Stellung einnimmt. Das Abstimmungsresultat über den Industrieverband ist nicht verwunderlich bei der vom „Korr.“ eingenommenen Haltung. Aber dennoch wird sich der Industrieverband gebante durchsetzen. Das unverständliche Arbeitszeitabkommen muß vom Verbandstag gekündigt werden. Das Verlangen Ebels auf Ausschluß gewisser Mitglieder erscheint unbegründet, zumal er es selbst in der Hand gehabt hatte, in Berlin einen entsprechenden Antrag zu stellen. Wenn dann der Verbandsvorstand von seiner Vollmacht keinen Gebrauch gemacht haben würde, hätten Vorwürfe erhoben werden können. Allerdings hätten dann auch alle Stahlhelmlöcher ausgeschlossen werden müssen, die sich ebenfalls die Zertrümmerung der gesamten Arbeiterbewegung zum Ziel gesetzt haben.

Zweiter Tag (2. September)

Vormittagsitzung

Vorsitzender Kraus entbietet zunächst den noch aus Ungarn erschienenen Vertretern Rothstein und Wiesberger den Willkommensgruß des Verbandstages.

Sodann: Fortsetzung der Aussprache über den Bericht des Vorstandes.

Braun erklärt sich mit der Taktik und mit der Taktik des Verbandsvorstandes völlig einverstanden. Über den Novemberstreik in Berlin soll man sich nicht außerhalb den Kopf zerbrechen. Verbandsvorstand und Gauvorstand Berlin sind darüber ins reine gekommen. Diese Explosion war nicht zu vermeiden. Die neuerliche Haltung der Prinzipalität hat dazu getrieben. Alle graphischen Branchen gingen ohne weiteres zusammen. Zurückhalten vom Streik war einfach unmöglich. Der Verbandsvorstand hat von allen Seiten scharfe Angriffe erfahren, aber die Verbandsleitung handelte durchaus richtig, als sie ein Übergreifen des Berliner Streiks auf das Reich verhinderte. Die Militärgewalt hatte mit dem Ausnahmezustand die Übermacht. Der Streik war so schnell unterdrückt. Solidarische Hilfe aus dem Reich wäre schon zu spät gekommen. Eine Gauvorsteherkonferenz hat schon vor längerer Zeit sich dahin ausgesprochen, daß nicht Märkte wegen der kommunistischen Treiberen gemacht werden. Die Zerstörungsarbeit von dieser Seite hat nicht um sich geirrt. Aber wirklich kann zu Ausschüssen geschritten werden, wenn die kommunistische Minderheit das notwendig erscheinende läßt, so ist auch der statutarische Weg gewahrt. Die Kommunisten wirtschaften sich unter den Buchdruckern selbst ab. In den Berliner Versammlungen haben die Kommunisten gänzlich die Mehrheit verloren. Der „Graphische Block“, das kommunistisch-gewerkschaftliche Organ, ist auf 1-10 Auflage heruntergekommen, trotzdem alle graphischen Zweige im In- und in Auslande sein Betätigungsfeld abgeben.

Pfingsten verweist darauf, daß die an dem Verbandsvorstand geübte Kritik einen Zeitraum betrifft, der ein wirtschaftliches Chaos darstellt. Es kann dabei nur unruhigbare Kritik herauskommen. Solche Zeiten bieten gar keine Kubanwendung. Für die Zukunft heißt es aber nun die Wege vorzuzeichnen. Die Kritiker von gestern werden aber dann wohl auch nicht aufziehen sein, denn alles läßt sich doch nicht so verwirklichen, wie die Beschlüsse hier gut und schön gefaßt werden. Den Verbandsleitern muß man Gerechtigkeit widerfahren lassen. Keine Gewerkschaft ist so inaktiv geblieben wie unser Verband. Darüber sollten wir Freude empfinden und nicht kleinlich kritisieren. Gegen das vom Verbandsvorsteher angeordnete weitere Anziehen der Beitragschraube erhebe er seine Stimme und warne vor Überspannungen. Das wieder bemerkbar gewordene Kessantenwesen mahnt zur Vorsicht. Aus Brauns Darlegungen ging hervor, daß Ebels Standpunkt in Berlin nicht vorherrschend ist. Es handelt sich bei dem kommunistischen Treiben in den Gewerkschaften um eine chronische Krankheit, die aber Besserung erkennen läßt. Operative Eingriffe sind da nicht angebracht, und es zeugt von der Stärke unserer Organisation, daß es ohne sie geht. Bei dem Verlangen nach Urabstimmung sind die jeweiligen zeitlichen Umstände auch maßgebend. Es galt doch im Januar 1924 bei sehr schlechter Konjunktur, großer Arbeitslosigkeit und vielen Kurzarbeitern Verschlechterungen abzuwehren. Die Gauvorsteherkonferenz hat daher auch von der Urabstimmung in Sachen des Arbeitszeitabkommens Abstand genommen. Ganz entschieden ist der Vorwurf zurückzuweisen, der Verbandsvorstand sei Schrittmacher zur Verschlechterung der Arbeitszeit gewesen. (Große Zustimmung.) Wir sind ja durch das Reichsarbeitsministerium dazu angewungen worden. Die Buchdrucker sind ja auch gar nicht die ersten gewesen, die zur Mehrarbeit genötigt wurden; es lagen schon ziemlich viel solcher Schiedsprüche vor. Was sich in der Prinzipalsversammlung des Kreises IV kürzlich abgespielt hat, das spricht auch nicht dafür, die Gehilfen hätten mit dem Arbeitszeitabkommen schlecht abgeknippt. Seit der Stabilisierung ist der Verband auf vorwärts gekommen.

Rap warnt, den Kommunisten Wasser auf ihre Räder zu liefern. Einige warten nur auf ihren Ausschluß, um andre nachzusetzen. In Berlin wirtschaften die Kommunisten ab, in Leipzig ist es ja ebenso, auch in Hamburg. Größeres Mitbestimmungsrecht und Graphischer Industrieverband sind Forderungen, für die er weiter eintrete. Die Lohnpolitik des Verbandsvorstandes ist nicht immer richtig gewesen. Der Achtfundentag muß zurückgeholt werden, dafür gilt es zu kämpfen; von der Ratifizierung des Washington-Abkommens ist nicht alles zu erwarten. Reisers Standpunkt, die Unterstützungen mühten erhöht werden, ist falsch; er lasse das nur für die Arbeitslosen- und die Gemahregeltenunterstützung gelten. In der Mafseirfrage muß der Verbandsvorstand klare Richtlinien schaffen, der 1. Mai muß für die Buchdrucker Feiertag sein. Da angesichts der politischen Reaktion mehr Zeitungsverbote eintreten können, ist gegen diese mehr Energie aufzuwenden. Da im Verbandsrat sich nun auch Elemente bemerkbar machen, die als Stahlhelmlöcher usw. sich gebärden, so ist gegen diese einzuschreiten; sie sind eine größere Gefahr als die Kommunisten.

Wislauig verweist darauf, daß die Reaktion sich ausbreitet und die Konjunktur sich verschlechtert, da wird die Arbeiterschaft in Verteidigungsstellung gedrängt. Die Gauvorstände sind mit verantwortlich für die Tätigkeit des Verbandsvorstandes, haben aber keine Maßnahmen anzuerkennen müssen, auch der Kollege Reiser. Das neue Arbeitszeitabkommen vom Mai ist doch eine tatsächliche Verbesserung. Nach der für den Gau Thüringen aufgenommenen Statistik ist der Achtfundentag überwiegend aufrecht erhalten worden. Wenn in den Betrieben die Kollegen zübrig sind, dann steht es auch mit der Arbeitszeit und dem Lohn nicht schlecht aus. Die zu vielen Staffeln im Lohnsatz müssen beseitigt werden. Die Sparten dürfen ihre Forderungen nicht überspannen, sonst läuft die Mehrheit der Mitglieder (die Handwerker) Sturm dagegen. Für den graphischen Industrieverband ist auch er, aber das Bedürfnis dazu muß aus der Masse herauswachsen. Der schlechte Besuch in den allgemeinen graphischen Versammlungen läßt davon noch nichts erkennen. Der Lehrlingsabteilung des Verbandes muß mehr Pflege und Förderung zuteil werden. Redner wendet sich mit Zitationen aus dem „Kommunistischen Gewerkschafter“ noch gegen Sporn und geißelt das Treiben der Kommunisten wie der nationalsozialistischen Buchdrucker, die wohl klein an Zahl, aber noch größerer Schädlinge sind.

Martens wendet sich gegen Freitas wegen der von ihm behaupteten Wandelung. Man soll nicht die Kommunisten für alles verantwortlich machen. Nicht als Kommunisten darf man die betreffenden Kollegen behandeln, sondern danach, wie ihr Verhalten als Verbandsmitglieder ist, wie sich das mit dem Verbandsstatut verhält. Selbstkritik an uns selbst ist notwendig. Die Führer dürfen nicht in Beamtenhierarchie ersticken, man muß sich selbst forrieren. Engelbert Graf hat darüber und über das Kapitel „Masse und Führer“ in einem Artikel gute Gedanken ausgesprochen. In Österreich haben sich die Führer der Arbeiterschaft von vornherein einsichtig eingestellt, die Kommunisten befinden sich da in aussichtsloser Minderheit. In Deutschland aber haben manche Führer ihnen erst zu einer Bedeutung verholfen. In unserem Verbandsrat darf keine Erstarrung eintreten. Von Hamburg aus sind dem Verbandsvorstande im vergangenen Jahre Vorschläge unterbreitet worden, den Organisationsapparat zu vereinfachen, neue Formen einzuführen. Die Antwort darauf konnte in Hamburg nicht befriedigen. Alle lebendigen Kräfte in der Organisation müssen zu fruchtbarer Mitarbeit herangezogen werden. Kraus bringt hierauf eine einmütige Protestresolution gegen die Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Sachen der von der Prinzipalität Ende Dezember 1923 allgemein angedrohten Aussetzung zur Kenntnis.

Kiesebeck (Beisitzer im Verbandsvorstand) konstatiert, daß gestern die Kritik scharf war, daß heute aber andre Ausführungen zu hören sind. Martens hat bei seiner Betonung der Notwendigkeit der Selbstkritik übersehen, daß diese von unten auf wohl notwendiger ist. Im Januar 1924 die Urabstimmung vorzunehmen, wäre ein Fehler gewesen; sie hätte jedenfalls etwas gebracht, daß dann dem Verbandsvorstand die Hände gebunden gewesen wären mit dem Arbeitszeitabkommen. Das Verlangen nach größerem Mitbestimmungsrecht ist in der Nachkriegszeit manchmal zur Phrase gemacht worden. Wenn man weiß, was an Forderungen und Klagen alles an den Verbandsvorstand gelangt, dann wird die Haltung des Verbandsvorstandes in den kritisierten Punkten durchaus verständlich. Der Verbandsvorstand hat auch richtig gehandelt in der Behandlung der Kommunisten. Man muß einsehen, daß die Verbandsleistung mit sehr schwierigen Verhältnissen zu kämpfen hatte, und daß sie zur Wahrung der Interessen des Verbandes alles getan hat.

Söldner geht einig mit Pfingsten. Man kann nicht Urabstimmung um jeden Preis fordern. Die Waffe des Streiks ist durch zu häufige, planlose Anwendung entwertet worden. Er meint, die Verbandsleistung habe wohl manchmal den Glauben an die Kollegenchaft verloren gehabt. In der Maifeierfrage muß Klarheit geschaffen werden. Verbandsvorstand und ADGB müssen doch zu erkennen geben, was eigentlich sein soll. Das Abirren vom rechten Wege zu den Kommunisten oder zu den Halentreulern wird einmal von selbst aufhören. Die Schreibereien im „Graphischen Bloß“ darf man aber nicht so hingehen lassen. Der Hauptkassierer hat mit den Extrabeiträgen zum Verbandshaus einen Standpunkt eingenommen, den er nicht teilen könne. In München haben Hunderte den Extrabeitrag nicht geleistet, sie verlangen dafür Erhöhung des Verbandsbeitrages. In qualitativer Hinsicht gibt es noch viel zu tun an der Kollegenchaft.

Hessebart meint, die Kritik am ADGB und am Verbandsvorstand hätte sich mancher hier recht leicht gemacht. Bei der Beschaffenheit der Verhältnisse bestehen in der Frage der Maifeier große Schwierigkeiten. Eine Urabstimmung im Januar wäre zum Nachteil ausgefallen. Auch konnte doch das Reichsarbeitsministerium die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsprüchses über das Arbeitszeitabkommen vornehmen. Wegen der Kommunisten ist er anderer Ansicht geworden, nachdem er wahrgenommen, welche Zustände sich in anderen Organisationen entwickelt haben, wo man mit Ausschüssen schnell zur Hand war. Die Kritiker hier gegen den Verbandsvorstand sollten nur in ihren Versammlungen zu Hause mehr gegen die Kommunisten aufzutreten sein. Mit dem Extrabeitrag für das Verbandshaus war ein ungünstiger Zeitpunkt gewählt worden. Er ist sonst mit dieser Sache einverstanden, wünscht aber wie Söldner realistische Beitragserhöhung. Auf dem Wege kann es keine Verweigerung geben. Der Tätigkeit des Verbandsvorstandes gebührt Anerkennung. Er gibt zu erwägen, ob die Protektion gegen die Verlagsgesellschaft auch der richtige Weg ist. (Zuruf vom Hamburger Tisch: Ja wohl, geht nicht anders!)

Albrecht (Berlin) erkennt die Tüchtigkeit des Verbandsvorstandes voll an. Im Geschäftsbericht vermisst er aber die Angelegenheit der Dezentralisation der Reichsdruckerei. Es kann uns nicht gleichgültig sein, wie da die Arbeit verfolgt wird, möglichst viel Buchdrucker zu Angestellten und zu Beamten zu machen. Da noch die Druckereien der Reichsbank, des Reichsarbeitsministeriums usw. in Betracht kommen, heißt es aufmerksam sein in der Sache. Es soll für diese Kollegen auch ein besonderer Tarif in Betracht kommen. Man hat ihm einen Antrag an den Verbandstag mitgegeben. Es machen nicht alle Kollegen mit, auch dem vom Beamtenbund verlangten Übertritt widerstehe man. Mit den sogenannten Edelkommunisten sollte nicht solches Aufheben gemacht werden wie seitens Sporn. (Redner verliest darauf eine Zuschrift, die von Schimpferien froh.) So etwas müssen sich Verbandsfunktionäre bieten lassen. Der nationalistische Buchdruckerverein in Berlin ist nicht aus dem Novemberstreik hervorgegangen, er war schon vorher gegründet worden. Beim Novemberstreik haben aber die Nationalisten, worunter sich ehemalige Kommunisten befinden, Streikbrecherdienste verrichtet. Die Berliner Buchdrucker haben sich schon vor vielen Jahren für die Arbeitsruhe am 1. Mai erklärt. Wegen Nichtbeachtung dieses Beschlusses sind Ausschüsse erfolgt.

Albrecht (Köln): Der Verlauf der Aussprache zum Geschäftsbericht hat die große Wandlung von Nürnberg bis Leipzig und Hamburg erkennen lassen. Manchem Funktionär ist das Amt verleidet worden durch das Treiben der Überradikalen. Dem Verbandsvorstand muß Vollmacht erteilt werden, nach eintretender Notwendigkeit schärfere Maßnahmen zu ergreifen. Der Verbandsvorstand hat im Januar die Nichtvornahme der Urabstimmung jedenfalls als das kleinere Übel betrachtet. Die geschäftliche Lage ist so, daß die Prinzipale höhere Löhne zahlen können. Die gewerkschaftliche Erziehungsarbeit muß bei den Kollegen selbst einsehen. Auf die jungen Leute macht es einen schlechten Eindruck, wenn Organisationsfragen in den Betrieben oberflächlich beurteilt werden.

Kraus gibt bekannt, daß drei Resolutionen eingegangen sind: eine betreffend die Regelung der Tarifverhältnisse der als Beamte im Reichs- und Länderdienst geltenden Buchdrucker; eine zweite, die die Mitarbeit von Verbandsmitgliedern am „Graphischen Bloß“ verbietet; eine dritte, die dem Verbandsvorstande das Vertrauen für seine Tüchtigkeit ausspricht.

Weyrich erkennt ebenfalls die Tüchtigkeit der Verbandsleitung an, ist aber doch nicht mit allem einverstanden. Gegen die Kommunisten hätte vorgegangen werden müssen. Das war eine Unterlassung. Der

Verbandsvorstand hat aber manchmal auch zu viel getan, hat seine Befugnisse überschritten. Gegen die Anordnung, daß die Gau-, Bezirks- und Ortsleitungen nur in einer gewissen Höhe zum Verbandsbeitrag zu halten sind, muß er protestieren. Das ist Sache der einzelnen Vorstände. Sie haben mit ihrer Erhöhung die Kosten eines lokalen Streiks wieder hereinholen wollen. Die bessere gewerkschaftliche Schulung der Mitglieder kann nicht mit Broschürenüberfüllung erreicht werden. Wenn die Kollegen nur ihr Verbandsorgan besser lesen würden, wäre vieles anders. (Zustimmung.)

Müller (Reutlingen) vertritt Ebels Standpunkt betreffs der Kommunisten, und in der Maifeierfrage verlangt er wie Söldner klare Stellungnahme. In den gewerkschaftlichen Ortsausschüssen werden oft ganz undurchführbare Beschlüsse gefaßt, die für die Buchdrucker mit ihren fortgeschrittenen Verhältnissen sich obendrein erübrigen. Eine Statistik über die Zeitungspreise ist notwendig. Damit kann der Verbandsvorstand dann bei Lohnverhandlungen besser auftreten. Die Resolution gegen die Verlagsgesellschaft ist nach der Ausführung der dort maßgebenden Herren eine Notwendigkeit.

Vorbericht

Wegen des kleinen Formates und der Unmöglichkeit, mehr als acht Seiten diesmal zu machen, sind wir nicht in der Lage, den vollständig vorliegenden Bericht über den Rest des zweiten Verbandslunastages noch in dieser Nummer unterzubringen. Es sprachen also zum ersten Punkt der Tagesordnung noch folgende Redner: König, Gläß, Klein (Berlin für die Wandtagsprüfungs-kommission), Ebel, Ubrig, Klein (Stuttgart), Reindorf, Ortel, Seib, Söbner, Hannemann, Tilaner, Prüiter, Schweinik, Graßmann. Nach einem sehr eingehenden und klärenden Schlusswort des Verbandsvorsitzenden wird zur Abstimmung über die zu diesem Punkte vorliegenden Anträge und Entschlüsse geschritten. Angenommen wird eine Entschliessung, die gegen das Verhalten der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine protestiert; abgelehnt eine Entschliessung betreffend „Graphischer Bloß“; einstimmig angenommen eine Vertrauenskundgebung für den Verbandsvorstand, und mit allen gegen eine Stimme werden die gewerkschaftsstörenden Bestrebungen der kommunistischen Partei aufs allerhöchste verurteilt und allen Funktionären die Pflicht auferlegt, derartigen Bestrebungen den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen. Ein lehrreicher fachtechnischer Lichtbildvortrag hielt den Verbandstag bis 10 Uhr abends noch zusammen.

Der dritte Tag brachte die Stellungnahme zu den Anträgen auf Änderung der Satzungen und der Bestimmungen über die Unterstellungen. Kraus hielt das einleitende Referat, in dem er die Stellung des Verbandsvorstandes zu den wichtigsten Beratungspunkten (Abänderungsanträge zum § 1, Mitgliedschaft von Faktoren und Prinzipalen, Mittelschaft in nationalen Verbänden, Technische Nothilfe, Zusammensetzung des Verbandstages, Graphischer Industrieverband) präziserte. Daran schloß sich ein weiteres Referat, in dem Gläser namens des Verbandsvorstandes dessen Auffassung klar legte über die vorliegenden Anträge zum Unterstellungswesen. Für die darauf einlebende Diskussion wird empfohlen, den Punkt XIII der Tagesordnung (Festsetzung der Mitgliederbeiträge) und eventuelle Einführung des „Korr.“-Obligatoriums entsprechend zu berücksichtigen. Nachdem sieben Diskussionredner ihre Stellungnahme zu den einzelnen Punkten klariert hatten, setzte ein Schlusstrang der Diskussion ein Ziel. Die zu II und XIII vorliegenden Anträge wurden zwei Kommissionen (einer ideellen und einer materiellen) zur Vorberatung überwiesen.

Zu Punkt III: Stellungnahme zu den Anträgen betreffend die Sparten, hielt Kiesebeck das einleitende Referat. Er ließ die von den vier Spartenkongressen an den Verbandstag gerichteten Entschlüsse und tariflichen Forderungen Revue passieren, sie empfehlend oder nach kritischer Würdigung für nicht annehmbar erklärend. Die Vorsitzenden der Zentralkommissionen sollten dann das Wort erhalten. Bis Verhandlungsschluss kam jedoch nur der Vorsitzende der Drucker hierzu, der dem Vorstandreferenten zum Teil entgegentrat.

Am vierten Verhandlungstage wurde zunächst die Spartendebatte fortgesetzt. Nachdem eine Anzahl von Rednern noch gesprochen, wurde eine Kommission eingesetzt zur weiteren Bearbeitung der Materie. Dann wurde die Aussprache über den „Korr.“ vorweggenommen. Es wurden typische Ausführungen gemacht; die Mehrzahl der Redner stellte sich aber auf den von der Redaktion vertretenen Standpunkt, beschloß, über das von Grünberg im kommunistischen Sinne beantragte Mittrauensvotum zur Tagesordnung überzugehen, und sprach gegen eine Stimme der Redaktion für ihre Tüchtigkeit Anerkennung aus. Mit der Verhinderung der Abteilung und den „Jungbuchdrucker“ werden hierauf die Beratungen weitergeführt.

Um eine schnellere Berichterstattung über den Hamburger Verbandstag zu ermöglichen, erscheint die nächste Nummer des „Korr.“ (76) bereits am Montag, dem 8. September.

Briefkasten

H. S. D. in Dresden: Artikel zum Verbandstag lief zu spät ein. Bisteleicht in anderer Form demnächst. ...

Berichtigungen

Im Bericht über den Maschinenmeisterkongress in Nr. 74 ist auf Seite 516 in der ersten Zeile des ersten Absatzes 'VII.' statt 'XII.', in der siebenten Zeile des gleichen Absatzes von unten 'Frankl' statt 'Frank' ...

Verbandsnachrichten

Graue Statistikkarten einsenden!

Spätester Einsendungsstermin für August: 8. September. Stichtag für die Fällung der Arbeitslosen: 20. August. Auf richtige Frankierung der Statistikkarten ist zu achten!

Gau Schlesien: Dem Drucker Fritz Kuppel (Hauptbuchnummer 114 650) wurde ein zweites Buch (Schlesien 618) ausgeliefert. Das erste Buch wird für unglücklich erklärt und ist bei eventuellem Austausch an die Hauptverwaltung einzuliefern. ...

153, Chopyna (Sorau) 147, Trinks (Spremberg) 133, Rude (Rothbus) 117, Hartmann (Kottbus) 100, Lubke (Kottbus) 98, Engelmann (Kottbus) 82. Die Namen der Gewählten sind gesperrt gedruckt; Trinks und Rude gelten als Stellvertreter. ...

Versammlungskalender

Nahen. Bezirksversammlung Sonntag, den 21. September, in Jülich. ... Krefeld. Bezirksversammlung Sonntag, den 14. September, nachmittags 2 Uhr, im Restaurant Förster in Krefeld, Marktstraße 41. ...

Anzeigengebühr: Die sechsgespaltene Zeile 10 Goldpfge. für Vereins-, Arbeitsmarkt-, Fortbildung- und Todesanzeigen; sonstige Anzeigen 60 Goldpfge. Kabatt wird nicht gewährt.

Anzeigen

Annahmeschluss: Montag und Donnerstag früh zur jeweilig nächsterfolgenden Nummer. Anzeigenaufgabe möglichst nur durch Einzahlung auf Postcheck (Reipzig Nr. 61328).

Gau Dresden Die Bezirksversammlungen des Gaus, zum Zwecke der Berichtserstattung über den Verbandstag, finden an nachfolgenden Tagen statt: Am 14. September Bauen, Meissen, Burgen und Jitkau, am 21. September Döbeln, Freyberg, Radeberg und Pirna. ...

Brandenburgischer Maschinenfehrerverein Sonntag, den 14. September, vormittags 10 Uhr, im 'Berliner Klubhaus', Dhmstraße 2.

Quartalsversammlung Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen; 2. Bericht vom vierden Deutschen Maschinenfehrerkongress; 3. Erfahrungswahl zur Technischen Kommission; 4. Neuaufnahmen; 5. Vereinslebenes. ...

Die Meisterprüfung im Buchdruckgewerbe von J. S. Lindl, Mitglied der Meisterprüfungskommission München. VI. Auflage. Bei Bestellung bis zum 20. September nur 5,50 Goldmark (statt 6,50) bei Voreinsendung auf Postcheckkonto 910 München, J. S. Lindl.

Tüchtige Schriftfeher (Werksfeher), die mit Monotypesatz umzugehen wissen, zum sofortigen Eintritt gesucht. Bewerbungen mit genauen Angaben über felerliche Tätigkeit, Alter, Familienstand, Einkommenslage und Wohnort sind erwünscht. ...

Alterer Seher oder Drucker in schriftlichen Arbeiten gut bewandert, zur Verarbeitung von Druckaufträgen nach Leipzig gesucht. ...

Großdruckerei in Westfalen (unbesetztes Gebiet) stellt sofort oder später tüchtigen, künstlerisch und zeichnerisch veranlagten Akzidenzfeher (Graphiker) zur Unterstützung des Oberfaktors ein. ...

Akzidenzfeher 24-28 Jahre alt, ledig, der sachtechnisch gut vorgebildet und Einn für geeignete Schriftwahl und einwandfreie Raumankündigung besitzt, gewandter und zuverlässiger Arbeiter ist, zum baldigen Eintritt gesucht. ...

Tüchtiger Linotypeseher an Ideal-Maschine sofort gesucht. Bei bestiedigenden Leistungen Dauerstellung. ...

Perfekter Linotypeseher der korrekten Satz liefert, zum baldigen Eintritt gesucht. ...

Tüchtiger Linotypeseher ledig, für Ideal als Alleiniger sofort gesucht. ...

Wir suchen in kleine Stadt Mitteleuropas gewissenhaften, erfahrenen

Linotypeseher der im Handsatz mithilft und kleinerem Personal vorsteht. ...

Besserer Adreßbuchverlag stellt noch einige bei der Geschäftswelt gut eingeführte Herren als

Requisiteur und Bezirksvertreter ein. Angebote unter Nr. 442 an die Geschäftsstelle d. W., Leipzig, Könlstraße 7, erbeten.

Tüchtige Monotypeseher (Modell C und D) für wissenschaftliche Arbeiten sucht die Spamer'sche Buchdruckerei, Leipzig.

Junger Werk- und Akzidenzfeher 24 Jahre alt, sucht für sofort in Dresden oder Umgebung Stellung. ...

Erster Maschinenmeister einer Leipziger Akzidenzdruckerei, durchaus zuverlässig und arbeitseifrig, reiche Erfahrung im Illustrations- u. Farbendruck, ...

Schriftfeher einer slavischen Sprache mächtig, wird für sofort gesucht. ...

Maschinenseher für Ideal-Linotype gegen Höchstlohn gesucht. ...

Wir stellen noch einige Maschinenseher für unsere Typographen ein. ...

Linotypeseher in angenehme Dauerstellung gesucht. ...

Junger, gewandter Drucker im Druck besserer Akzidenzen sowie Werks- u. Plattendruck tätig, sucht sofort Stellung. ...

Für neu aufzustellenden Typographen-Universal sucher für Ende September zuverlässigen, kolten

Typographeseher ferner einen tüchtigen, nicht zu jungen

Schweizerdegen (beide in Dauerstellung). J. S. Jellers Buchdruckerei, Jevern, Bez. Bremen.

Erfahrener, tüchtiger Drucker für Berlin gesucht. ...

Tüchtiger Linotypeseher selbständig arbeitend, an allen Modellen bewandert, in Maschinenkunde, ...

Zur Ausbildung als Maschinenseher suchen zwei Korrektoren in Leipzig Gelegenheit (Linotype, Typograph oder Monotype). ...

Arbeitsanzüge für S. u. M. Th. Leibius Nachfolger, Stuttgart (Postfach 418).

OuX Beine besetztigt schnell u. bequem, Orthopäde hochinteressante, reichhaltige Prolegierte durch Orthopäde-Versand Friedrichroda (Th.) 7

Am 1. September verfarb nach längerem Leiden unser wertter Kollege, der Seher, der Drucker

Walter Nicolai aus Breslau, im Alter von 23 Jahren. Ein ehrendes Andenken wird dem so früh Dahingegangenen bewahren

Am 1. September verschied nach langem, schwerem Leiden unser lieber Kollege, der Schriftfeher

Am 2. September verschied nach langem, schwerem Leiden unser lieber Kollege, der Schriftfeher

Am 2. September verschied nach langem, schwerem Leiden unser lieber Kollege, der Schriftfeher

Am 2. September verschied nach langem, schwerem Leiden unser lieber Kollege, der Schriftfeher

Am 2. September verschied nach langem, schwerem Leiden unser lieber Kollege, der Schriftfeher